

Sie kommen aus allen möglichen Behörden in Brandenburg. Polizisten sind dabei, Justizangestellte, Sozialverwaltungsleute. Alle sind freiwillig da. Ihr Ziel: Künftig so mit dem Bürger zu kommunizieren, dass er sie auch versteht. Also statt des Amtskauderwelschs klare und freundliche Sätze formulieren. Die Landesakademie für öffentliche Verwaltung in Königs Wusterhausen bietet bis zu fünf Mal pro Jahr

VON GUDRUN MALLWITZ

spezielle Schreibseminare für Brandenburgs Staatsdiener in den oberen Landesbehörden an. Die Leiterin der Landesakademie, Dagmar Schubert, sagt: „Eine moderne Verwaltung muss sich um möglichst viel Klarheit im Umgang mit dem Bürger bemühen.“ Auch der Landkreis Oberhavel lässt neuerdings seine Mitarbeiter schulen.

„Oft könnten Unklarheiten schon vorher beseitigt werden“, sagt Lothar Wiegand. Der 48-Jährige ist hauptberuflich einer von zwei Pressesprechern des Brandenburger Infrastrukturministeriums. Nebenberuflich versucht er, anderen Verwaltungsbediensteten ein möglichst bürgerfreundliches Verwaltungsdeutsch beizubringen. „Es ist gar nicht so schwer, verständlich zu formulieren“, sagt Wiegand. „Wir sind es in der Verwaltung nur nicht gewohnt und müssen es üben, Ampel statt Lichtzeichenanlage zu sagen, oder Überweg statt Querungshilfe.“ Die Behörde könne jemanden „zu einem Gespräch einladen“ und müsse ihn nicht „vorstellig werden lassen“. Lothar Wiegand stößt nach eigener Aussage in seinen Seminaren durchaus auf offene Ohren, wenn er den Teilnehmern sagt: „Das sind verstaubte Begriffe aus dem 19. Jahrhundert, als es noch Untertanen gab.“ Heute sei die Verwaltung Dienstleister für die Menschen und sollte das auch so ausdrücken.

So lässt Lothar Wiegand die Frauen und Männer aus der Verwaltung folgenden Satz umschreiben: „Die einzelfallbezogene Praxis bei der Festlegung und Durchführung von Maßnahmen zum Ausgleich oder Ersatz bei Eingriffen in die Leistungsfähigkeit des Naturhaushal-

„Baum“ statt „Großgrün“

In Kursen soll brandenburgischen Verwaltungsbediensteten das Amtsdeutsch abgewöhnt werden



Lothar Wiegand bringt Brandenburger Beamten verständlicheres Amtsdeutsch bei. Hier steht er vor Potsdams Rathaus

tes oder das Landschaftsbild ist nach Einschätzung vieler Vertreter des Naturschutzes und auch aus der Sicht der kommunalen Stadtplanungsämter nicht zufriedenstellend.“ Unkraut statt Sontanvegetation, Baum statt Großgrün. So sollen sich Brandenburgs Beamte ausdrücken. Ziel statt Zielstellung. Bauen statt Baumaßnahmen durchführen. Lothar Wiegand kennt viele solcher Beispiele. „Im Haus sind wir uns einig, dass sich Bürgerfreundlichkeit auch in unseren Schreiben an die Bürgerinnen und Bürger zeigt“, sagt die Pressesprecherin des Landkreises Oberhavel, Irina Schmidt. Ende 2011 startete der Landkreis in Oranienburg zunächst mit einem Seminar für Jobcenter-Mitarbeiter. Mittlerweile fanden vier weitere eintägige Schreibkurse statt. 57 Mitarbeiter aus vielen Bereichen der Kreisverwaltung haben mitgemacht.

Mit verständlicheren Formulierungen könnte auch die gigantisch hohe Zahl von Klagen und Widersprüchen gegen die Hartz-IV-Bescheide verringert werden. Dem Ziel sind allerdings Grenzen gesetzt: Die Bescheide werden zentral bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg verfasst. Nur teilweise haben die örtlichen Akteure Einfluss auf die Formulierungen, etwa bei Schreiben zu Kosten der Miete. Allerdings werden auch unterhalb der offiziellen Bescheide Briefe an ALG-2-Empfänger versandt.

Brandenburgs Sozial- und Arbeitsminister Günter Baaske (SPD) begrüßt alle Bemühungen zu mehr Verständlichkeit. Die Gerichtsverfahren zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, also Hartz-IV, müssten dringend verringert werden. „Die Bescheide müssen rechtssicher und verständlich sein – im Interesse der Jobcenter ebenso wie der Bezieher von Grundsicherung“, sagt Baaske. Differenzen sollen möglichst frühzeitig und außerhalb der Gerichte geklärt werden. „Wir erwarten uns davon eine Entlastung der Sozialgerichte.“

Im Arbeitsministerium wurde vergangenen Sommer eine Arbeitsgruppe gegründet. In ihr sind die Sozialgerichtsbarkeit, die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter sowie kommunale Träger von Grundsicherung und Arbeitsvermittlung vertreten. Sie sollen die Proble-

me und die Qualität der Bescheide analysieren und Verbesserungsvorschläge machen. „Die Schreiben sollten mit gesundem Menschenverstand lesbar sein, doch da kommt einem die Juristensprache dazwischen“, sagt Ministeriumssprecher Florian Engels.

Fast jeder zweite Hartz-IV-Bescheid wird von Gerichten als fehlerhaft eingestuft. Der Sprecher des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg, Sebastian Pfister, sagt: „Es gibt durchaus Fälle, in denen die Leute klagen, nur weil sie den Bescheid nicht verstanden haben.“ In den Jobcentern gibt es deshalb mittlerweile sogenannte Bescheiderklärer. Auch die Arbeitsagentur Potsdam führte im vorigen Jahr ein spezielles Beschwerdemanagement ein. Das Land Berlin will die Zahl der Hartz-IV-Klagen in den kommenden zwei Jahren um ein Viertel eindämmen. Ermöglicht werden soll dies durch ein gemeinsames Projekt von Senat, Sozialgerichtsbarkeit und der Agentur für Arbeit. „Wir wollen bessere Verständlichkeit und bessere Erklärung für die Bürger“, sagt Justizsenator Thomas Heilmann (CDU).

Als Vorreiter bei der Umstellung auf eine bürgerfreundliche Sprache gilt die Stadtverwaltung Bochum. Im Jahr 2000 entschied die Stadt in Nordrhein-Westfalen, Behördenbriefe zukünftig in einer bürgerfreundlichen Sprache zu verfassen. Eine Gruppe von Germanisten der Ruhr-Universität Bochum hilft deutschen Gemeindeverwaltungen, Amtstexte so zu gestalten, dass sie für Bürger leichter verständlich sind und besser akzeptiert werden.

In der Stadtverwaltung Potsdam werden Beschäftigte noch nicht speziell auf besseres Deutsch getrimmt. Man versuche, Mitarbeiter für eine vernünftige Sprache zu sensibilisieren“, sagt der Sprecher der Stadtverwaltung, Stefan Schulz. Die Brandenburger Staatskanzlei hatte vor einigen Jahren eigens einen Sonderausschuss im Brandenburgischen Landtag zur Überprüfung von Normen und Standards gebildet. Auch mit dem Beamtendeutsch setzte sich der Ausschuss auseinander. Tina Tischer (SPD), die damalige Vorsitzende des Ausschusses: „Was wir da teilweise auf den Tisch bekommen, war mitunter überhaupt nicht zu verstehen und nicht lesbar.“